



Barthle-Brief

Nr. 15

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

11.6.2010

Thema der Woche:

Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik **Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts**

Gleich zu Beginn dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Montag in einer Sondersitzung die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014 ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist. Folgende Eckpunkte liegen dem Beschluss der Bundesregierung zu Grunde:

1. Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel fest, bis zum Jahr 2013 zwölf Milliarden Euro zusätzlich für Forschung, Bildung und Entwicklung bereit zu stellen. Trotz der angespannten Haushaltslage hat für die Koalition Bildung und Forschung Vorrang.

2. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen werden auf den Prüfstand gestellt: In dieser Legislaturperiode wird es keine neuen Subventionen geben, und bestehende werden nicht erhöht. Eine ökologische Neujustierung wird zur Besteuerung der Kernenergie führen. Sie ist notwendig, um Zusatzgewinne abzuschöpfen und die Kernkraftwerksbetreiber an den Sanierungskosten des Endlagers Asse zu beteiligen. Auch die geplante nationale ökologische Luftverkehrsabgabe für alle Passagiere, die von einem inländischen Flughafen abfliegen, ist ein richtiger Schritt und wird ihre ökologische und ökonomische Wirkung entfalten.

3. Die Bundesregierung bekennt sich zum System der sozialen Sicherung, doch auch bei den Sozialleistungen sind Einschnitte unumgänglich. Das Elterngeld zum Beispiel hat sich als erfolgreiches Instrument der Familienpolitik erwiesen. Dennoch wird die Lohnersatzrate moderat von 67 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt. Gleichzeitig bleibt der Höchstbetrag von maximal 1.800 Euro im Monat bestehen.

4. Das Bundesministerium der Verteidigung wird sich ebenfalls an der Konsolidierung des Bundeshaushaltes beteiligen. Dafür ist vorgesehen, dass bis September 2010 Vorschläge für eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten bei gleichzeitigem Erhalt der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands für Einsatz- und Bündnisfähigkeit unterbreitet werden.

5. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität von Staat und Gesellschaft. Gleichwohl ist mit Blick auf die neue Schuldenregel ein adäquater Konsolidierungsbeitrag der Bundesverwaltung erforderlich. So sollen bis zum Jahr 2014 mehr als 10.000 Stellen dauerhaft abgebaut werden.

6. Die Bundesagentur für Arbeit wird in ihrer Autonomie gestärkt werden, so dass sie mittel- und langfristig ohne Darlehen oder Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt wirtschaften kann.

7. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung in Bezug auf die Kommunen. Daher wird die eingesetzte Gemeindefinanzkommission Vorschläge erarbeiten, die Kommunen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen.

8. Um Finanzmarktkrisen, wie die gegenwärtige, zukünftig zu vermeiden, müssen grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – Haftung und Verantwortung – wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestimmen. Die Finanzmarktbranche ist angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dafür wird die Bundesregierung zügig die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bankenabgabe schaffen, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen soll.

Fortsetzung:

Durch diese Maßnahmen sollen bis zum Jahr 2014 insgesamt rund 81,6 Milliarden Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Nur mit den genannten Maßnahmen wird es möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial!

Verbot von Leerverkäufen

In erster Lesung wurde in dieser Woche das Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte, welches spekulative Wetten auf fallende Kurse zukünftig unterbindet, debattiert. Der Gesetzentwurf, den die christlich-liberale Koalition im Bundestag eingebracht hat, hat zum Ziel, zukünftig in Deutschland alle ungedeckten Leerverkäufe zu verbieten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will mit der deutschen Initiative eine europäische Lösung voranbringen. "Der Vorwurf des nationalen Alleinganges ist üblich, aber beeindruckt mich nicht mehr so sehr", sagte Schäuble während der Bundestagsdebatte. Die Finanzmärkte benötigten strengere und effizientere Regeln. Die modernen Finanzmärkte mit ihren internationalen Verflechtungen und ihren innovativen Instrumenten hätten, auch durch "ausgeprägtes Herdenverhalten", die Schwankungen verschärft. Daher stimme die frühere Behauptung, dass Spekulationen auch eine stabilisierende Funktion hätten, nicht mehr, stellte Schäuble fest. Die Akteure an den Finanzmärkten hätten kein Interesse an ruhigen Märkten, weil sie dann weniger verdienten. Die modernen Finanzmärkte könnten "die Bemühungen der Politik konterkarieren, in einer Krise rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen und die Lage zu stabilisieren", warnte der Bundesfinanzminister. Die sich dramatisch verschlechternden Refinanzierungsbedingungen Griechenlands, Portugals und Spaniens ließen sich nur zu einem Teil durch sich verschlechternde ökonomische Fundamentaldaten erklären.

Job-Center-Reform geht voran

In dieser Woche hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Haushaltssperre zur Entfristung von 3.200 Stellen im SGB II-Bereich aufgehoben. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert

Barthle MdB, und der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Arbeit und Soziales im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, Axel Fischer MdB, erläuterten dazu: „Nach wie vor steht die Arbeitsverwaltung vor großen Herausforderungen. Trotz der erfreulichen Entwicklung der Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten wäre es verfrüht, Entwarnung zu geben. Der Weg aus der Krise wird auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn wir erwerbsfähige Langzeitarbeitslose effizient und dauerhaft in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen. Mit der auf breiter politischer Basis abgestimmten Strukturreform der Job-Center hat die christlich-liberale Koalition hierzu eine gute Grundlage geschaffen. Damit das Konzept im Interesse der Langzeitarbeitslosen die erwartete Wirkungskraft schnellstmöglich entfalten kann, gilt es, die bislang erreichte Qualität der Aufgabenerledigung zu sichern und weiter zu optimieren. Damit dies gelingen kann, bedarf es in der Job-Vermittlung auch gut ausgebildeter und hoch motivierter Fachkräfte. Diesen geben wir mit der Entfristung eine verlässliche Beschäftigungsperspektive. Nicht zuletzt ist es auch diesen engagierten Mitarbeitern vor Ort zu verdanken, dass Deutschland bei den Arbeitslosenzahlen trotz Wirtschaftskrise derzeit europaweit einen Spitzenplatz einnimmt.“

Auf den Spuren des Heiligen Jakobus

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag absolvierte Anfang Juni eine Informationsreise in das nordspanische Galicien. Auf dem Programm der Baden-Württembergischen CDU-Abgeordneten standen neben den offiziellen Empfängen durch den Erzbischof von Santiago, Julian Barrio Barrio, und dem Ministerpräsidenten der autonomen Region Galicien, Alberto Núñez Feijóo, von der Partido Popular (PP) in diesem Heiligen Compostelanismen Jahr 2010 auch der Besuch der Heiligen Messe in der Kathedrale von Santiago mit dem größten Weihrauchkessel der Welt „Botafumeiro“ sowie das Durchschreiten der Heiligen Pforte. Hintergrund: Die Heilige Pforte ist ein bestimmter Eingang der Kathedrale von Santiago, der nur zum Heiligen Jahr geöffnet wird. Durchschreitet man diese Pforte werden einem alle Sündenstrafen erlassen.

Zitat

„Solche Programme sind zu loben und nicht zu zerreden!“

(Der scheidende hessische Ministerpräsident Roland Koch am Mittwoch beim CDU-Wirtschaftsrat in Berlin zum geplanten Sparpaket der Bundesregierung.)